

Pauenschlag am Donnerstag No. 35/2009 vom 3. September 2009
vorab veröffentlicht am 31. August 2009

Deutschland darf OPEL nicht retten

Die Süddeutsche und andere Blätter übernahmen am Montag eine dpa-Meldung, die besagte, die Financial Times Deutschland habe berichtet, es gäbe ein Papier des Wirtschaftsministeriums, in dem, unter Berufung auf EU-Recht ausgeführt würde, dass die Vorgabe, bestimmte Standorte im jeweiligen Mitgliedsstaat aufrechtzuerhalten, ein unzulässiges Kriterium für staatliche Beihilfen darstelle.

Ich will nicht die Frage aufwerfen, ob das Wirtschaftsministeriums dieses Papier mit Wissen und im Sinne des Wirtschaftsministers so ausgefertigt hat, oder ob es sich wieder einmal nur um ein Thesenpapier handelt,
ich will nicht die Frage aufwerfen, ob das Papier ausgefertigt wurde, um Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, oder ob es eher dem Nutzen des US-Staatsunternehmens General Motors dienen sollte,
ich will nicht die Frage aufwerfen, ob zu Guttenberg damit die amtierende Kanzlerin vor möglichem Ungemach warnen wollte, oder ob er dem Kanzlerkandidaten der SPD mit einem gezielten Schuss vor den Bug zeigen wollte, wie schnell wählerwirksame Rettungsträume zum Platzen gebracht werden können, wenn des Adels starker Arm es will,
ich will gar keine Frage aufwerfen.

Ich will meine Meinung zu diesem Vorgang sagen. Klar und laut und deutlich.

1. Dieses EU-Recht steht außerhalb jeglicher Rechtskultur

Dazu braucht es kein juristisches Seminar, worum es geht, lässt sich auch "volkstümlich" ausdrücken:

a) Missachtung der Vertragsfreiheit

Natürlich herrscht Vertragsfreiheit immer nur im Rahmen der geltenden Gesetze.

Wenn aber EU-Recht die Vertragsfreiheit dergestalt beschneidet, dass der eine Partner vom anderen Partner für eine gewährte Leistung keine adäquate Gegenleistung mehr fordern darf, wenn nicht mehr gilt: "Wer zahlt, schafft an", dann herrscht eben keine Vertragsfreiheit mehr. Ob man diesen Zustand schon Diktatur nennen sollte, oder wenigstens "partielle Diktatur", oder ob diese Einschränkung der Vertragsfreiheit

doch noch irgendwie als Folge des Wirkens von Demokratie und Demokraten anzusehen ist, will ich offen lassen.

b) Missachtung der Eigenverantwortung (Verletzung des Subsidiaritätsprinzips)

Wenn der Stadtrat von Bamberg beschließen sollte, zum Erhalt der Kunstschätze des Bamberger Doms einen Betrag von 10 Millionen Euro aufzuwenden, mit der Auflage an die katholische Kirche, dass die renovierten Kunstschätze auch nach der Renovierung in der Domstadt verbleiben müssen, dann ist das doch hoffentlich einzig eine Angelegenheit der Bamberger.

Da wird die bayerische Landesregierung nicht auf die Idee kommen, auch nicht dem bayrischen Papst zuliebe, zu intervenieren und erklären, Subventionen dürfe man nicht an derartig egoistische Standortgarantien knüpfen.

Auch die Bundesregierung wird nicht auf die Idee kommen, Herrn Seehofer in München mitteilen zu lassen, er möge seinen Bambergern beibiegen, dass ihre Forderung, die renovierten Kunstschätze in Bamberg halten zu wollen, gegen geltendes Bundesrecht verstieße.

(Wobei ich mir beim Schreiben unsicher geworden bin, ob dieses EU-Recht nicht längst vom Bundestag eilig durchgewinkt wurde und so in nationales Recht überführt worden ist.)

Wenn aber die Bundesregierung beschließt, Milliarden auszugeben, um Arbeitsplätze und Produktionsstandorte in Deutschland zu retten, dann soll die EU das Recht haben, die Zahlung von Milliarden Steuergeldern **nur dann zu genehmigen, wenn das geförderte Unternehmen die Standorte trotzdem schließen darf?**

Ist das nicht Wahnsinn?

Deutschland will doch nicht primär OPEL retten, sondern Arbeitsplätze in Deutschland erhalten. Kann man sich das von der EU wirklich verbieten lassen?

2. Die SPD und die Linke

Wenn Frank Walter Steinmeier einerseits, in Unkenntnis (schlimm, schlimm!) oder unter Missachtung (hört, hört!) geltenden EU-Rechts im Wahlkampf erklärt, an die OPEL-Rettung müsse die Standortgarantie für alle vier deutschen Standorte geknüpft werden, dann vertritt FWS damit durchaus in einer wünschenswerten Weise einen patriotischen Standpunkt.

Wenn die LINKE andererseits, in Kenntnis der unsäglichen Details des Vertragswerks von Lissabon vor dem Verfassungsgericht gegen dieses Vertragswerk klagt und die Annahme dieser noch weitergehenden Auflösung deutschen Rechts von einer Volksabstimmung abhängig machen will, und damit ebenfalls in einer wünschenswerten Weise einen patriotischen Standpunkte vertritt ---

der gleiche Frank Walter Steinmeier diese LINKE aber genau deshalb auf Bundesebene für nicht koalitionsfähig erklärt - und damit nicht weniger tut, als den von einer Mehrheit der Wähler angestrebten Politikwechsel schon vor der Wahl zu blockieren, dann vertritt FWS damit einen Standpunkt, der zu einem seiner anderen Standpunkte

in so grobem Widerspruch steht, dass man sich fragt, ob hinter diesen gegensätzlichen Standpunkten wirklich und wahrhaftig die gleiche Person stehen kann.

3. Spaltungsirresein?

Der Unterschied zwischen den Auswirkungen pathologischer Formen der Schizophrenie und den Auswirkungen strategisch-taktischer Überlegungen ist nicht immer leicht zu erkennen. Steinmeier, Steinbrück und Müntefering zelebrieren, wie fast alle Politiker, bei so vielen Gelegenheiten aus taktischen Gründen geradezu zwanghaft die Vereinigung des Unvereinbaren, dass man gerne dazu neigt, dieses offensichtliche Problem mit dem sportlichen Begriff "Spagat" zu benennen, wodurch das **Problem** im Handumdrehen zur bewundernswerten **Leistung** mutiert.

Andererseits sieht man die gleichen Figuren aber auch immer wieder damit beschäftigt, mit aller verfügbaren mentalen Kraft argumentatorische Keile zu schmieden, um zu verhindern, dass das, was zusammengehört, auch nur die geringste Chance hat, wieder zusammenzufinden.

Die klassische Tragödie des Jahrzehntelang, wegen einer Nichtigkeit schwelenden Nachbarschaftsstreits, der nichts anderes bewirkt, als beide Parteien zu zermürben und krank zu machen, muss wohl auch auf Politiker unwiderstehlich anziehend wirken.

Im Angesicht der realen Chance, am 27. September eine Mehrheit der Wähler für die Renaissance sozialdemokratischer Politik in einer rot-rot-grünen Koalition zu gewinnen, wird die störrische Weigerung der SPD, diese Chance zu nutzen, zu ihrem vollständigen Niedergang führen. Die SPD steht, wegen nicht nachvollziehbarer strategischer und taktischer Spielchen, vor einer neuerlichen Spaltung in nicht mehr ernstzunehmende Splitter.

Es wäre vermutlich besser für Deutschland, jener kleine, derzeit die Partei beherrschende Klüngel der "Seeheimer", würde geschlossen aus der SPD aus- und in die FDP eintreten, als im Versuch, seine überlegene Wirtschaftskompetenz zu beweisen, die gesamte Partei darauf einzuschwören, den Vormännern des rechten Flügels auf dem schmerzlichen Weg durch die Hölle der neoliberalen Irrtümer in Treue fest zu folgen.

Wolfgang Lieb hat es am 31. August 2009 für die Nachdenkseiten so formuliert:

Nur wo ein Wechsel möglich erscheint, kann es ihn geben

Selbst wenn es in Thüringen und im Saarland zu einem Politikwechsel zu Rot-Rot-Grün käme, wäre das kein Signal für die Bundestagswahl, weil die SPD diese Option gerade ausgeschlossen hat. Damit hat Steinmeier keine realistische Perspektive Kanzler zu werden. (...)

Würden SPD oder Grüne im Saarland und in Thüringen mit der CDU zusammengehen, dann wäre den Wählerinnen und Wählern die letzte Hoffnung genommen, dass sie durch ihre Stimmabgabe noch wirklich über politische Alternativen abstimmen können.

Reaktionen auf diesen Paukenschlag

Hier einmal eine außergewöhnliche Reaktion meinerseits

- es gab mehrere Zusendungen, die sich in übergroßer Sorge über die "wahren Absichten" der LINKEN Gedanken machten. Dass dabei gleichzeitig im Eifer Formulierungen gewählt wurden, die sich nicht mit dem üblichen Stil meiner Seiten vertragen, macht es mir unmöglich, hier die Original-Kommentare wiederzugeben, aber ich möchte nicht versäumen, zwei der von mir dazu direkt abgegebenen Stellungnahmen öffentlich zu machen:

Sehr geehrter Herr ...

vielen Dank für Ihre anerkennenden Worte - und für die kritische Frage: "Warum favorisieren Sie die LINKE?"

Nun, dafür gibt es mehrere Antworten:

- Die Wahlarithmetik - bestätigt durch den letzten Sonntag - zeigt, wohin es führt, wenn man CDU/CSU, SPD oder FDP wählt - unweigerlich zu Schwarz, Schwarz-Gelb oder Schwarz-Rot, also zu einer Fortführung der Politik, die seit Schröders Agenda 2010 betrieben wird.*
- Die gleiche Wahlarithmetik zeigt, dass Grün zu wählen zu Schwarz-Grün, Jamaika oder Rot-Grün führt, also ebenfalls zur Fortführung der Politik, allenfalls mit leicht grünem Anstrich.*
- Eine Änderung der politischen Grundrichtung, weg vom Neoliberalismus, kommt nur zustande, wenn die LINKE so stark ist, dass entweder direkt Rot-Rot-Grün möglich wird, oder zumindest so stark, dass die LINKE zwar selbst Opposition bleibt, aber einen heilsamen Einfluss auf Programmatik und Regierungshandeln der anderen hat.*
- Es ist m.E. um einiges zu kurz gegriffen, wenn die LINKE des Jahres 2009 mit der KPDSU Stalins oder Chruschtschows gleichgesetzt wird. Auch die Gleichsetzung mit Ulbrichts oder Honneckers SED entpuppt sich bei näherem Hinsehen als grotesker Irrtum.*
- Wenn es eine Partei gäbe, die sich stärker den nationalen Interessen verpflichtet fühlt, als die hier bisher angesprochenen, die sich zugleich einem kraftvollen Sozialstaat verpflichtet fühlt, was in erster Linie bedeutet, die Umverteilung von unten nach oben zu beenden und die Menschen in hohem Maße an dem teilhaben zu lassen, was sie erarbeiten, die aber auch darauf verzichtet, kultisch die Zeit von 1933 bis 1945 zu verklären, die darauf verzichtet, rassistische Feindbilder zu pflegen und revisionistisches Gedankengut zu hegen - und die, nicht zuletzt, eine realistische Chance hat, bundesweit die 5%-Hürde zu überspringen, dann würde ich höchstwahrscheinlich dafür werben. Doch diese Partei gibt es nicht.*

Wenn Sie zwischen meinen grundsätzlicher gehaltenen Schriften und meinen Wahlempfehlungen eine Diskrepanz entdecken, dann rührt die daher, dass ich einsichtig genug bin, um den notwendigen Änderungsprozess mit den Mitteln anstoßen zu wollen, die ich auf der politischen Bühne vorfinde.

Man kann, mit etwas Geschick, mit einem Schraubendreher mit gerader Klinge auch eine Kreuzschlitzschraube eindrehen. Mit einem Hammer einschlagen kann man sie nicht.

Heute ist die LINKE das einzige verfügbare Werkzeug, um die Veränderung in Gang zu bringen.

Die Frage ist nur: Wollen wir es nutzen, oder wollen wir abwarten?

Mir scheint die lockere Schraube, die den Zusammenhalt zwischen Volk und Regierung symbolisiert, zu gefährlich, um nicht zu versuchen, eine festere Verbindung herzustellen.

*Mit besten Grüßen
Egon W. Kreutzer*

Sehr geehrte Frau ...

soweit ich das erkennen kann, ist die LINKE auf einem guten Weg, die von Ihnen aufgezeigte Differenzierung auch selbst zu vollziehen.

Dass ich weder Mitglied der LINKE noch einer anderen Partei bin, dürfte - bei meinem grundsätzlich vorhandenen politischen Engagement - Beweis genug sein, dass ich die Partei, deren Programmatik und Handeln ich durchweg unterstützen könnte, bisher nicht gefunden habe.

Glücklicherweise hat die parlamentarische Demokratie das Mittel der Koalition entdeckt und genutzt, um zwischen jeweils hochgehaltenen "Extrempositionen" einigermaßen erträgliche Kompromisse verwirklichen zu können. Nun haben wir lange genug den Kompromiss zwischen CDU/CSU und SPD-Positionen ertragen. Die Schaukel ist viel zu weit nach rechts ausgeschlagen und droht, mangels Bodenhaftung, umzukippen. Es ist an der Zeit, die Gegenbewegung einzuleiten.

Ich bin davon überzeugt, dass uns in Deutschland derzeit auf Bundesebene Rot-Rot-Grün nutzen würde. Die inzwischen stark "angeschwärzte" SPD würde sich den neoliberalen Ruß abwaschen, die LINKE hätte sich das Grellrot abzuschminken, und die Grünen könnten jede Menge Ökologie durchsetzen.

Wäre das nicht allemal besser als Kauder, Pofalla, Westerwelle und Frau Merkel machen Schwarz-Gelb weiter?

*Mit besten Grüßen
Egon W. Kreutzer*